

Bote von der Ybbs

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags

Bezugspreis mit Postverendung: Ganzjährig 8 14.60 Halbjährig " 7.30 Vierteljährig " 3.75 Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.	Schriftleitung und Verwaltung: Dr. Dollfuß-Platz Nr. 31. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückgestellt. Ankündigungen (Anzerate) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5 spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachsch. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen. Schluß des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.	Preise bei Abholung: Ganzjährig 8 14.— Halbjährig " 7.— Vierteljährig " 3.60 Einzelpreis 30 Groschen.
--	---	--

Folge 23

Waidhofen a. d. Ybbs, Freitag den 5. Juni 1936

51. Jahrgang

Ämtliche Mitteilungen.

3. 2047.

Rundmachung.

Verbot des Radfahrens im Friedhofe.

Auf Grund des § 39 des Gemeindestatutes der landesunmittelbaren Stadt Waidhofen a. d. Ybbs wird das Radfahren innerhalb des Friedhofes in Waidhofen a. d. Ybbs hiemit verboten.

Übertretungen dieses Verbotes würden nach derselben gesetzlichen Bestimmung mit Geldstrafen bis 100 Sch. (im Falle der Uneinbringlichkeit mit Arreststrafen bis zu 10 Tagen) geahndet werden.

Landesunmittelbare Stadt Waidhofen a. d. Ybbs, am 29. Mai 1936

Der Gemeindevorstand:
Dr. M a l l e h., Landesregierungsrat.

Hiezu soll noch festgestellt werden, daß bisher ein solches Verbot nicht erlassen wurde, weil angenommen wurde, daß das einfachste Pietätsgefühl ein solches überflüssig erscheinen lassen würde. Da nun aber in letzter Zeit der Friedhof tatsächlich von Radfahrern als Tummelplatz benützt wurde und sich diese bei ihrer Beanständung auf das Fehlen eines Radfahrverbotes beriefen, mußte das vorstehende Verbot erlassen werden.

Politische Uebersicht.

Österreich.

Zur Förderung des Fremdenverkehrs und zur Wahrung der hiemit aufs engste verbundenen wirtschaftlichen und geschäftlichen Interessen wird für die Dauer des Hauptreiseverkehrs, das ist von Samstag den 20. Juni bis einschließlich Mittwoch den 30. September 1936, ein allgemeines Versammlungsverbot erlassen. In dieser Zeit sind daher alle von wem immer veranstalteten Versammlungen und öffentlichen Aufzüge, gleichgültig ob sie unter freiem Himmel oder in geschlossenem Raum stattfinden, verboten. Ausgenommen hiervon bleiben jene Veranstaltungen in geschlossenem Raum, die nachweisbar wohlthätigen Zwecken dienen oder sich als rein gesellschaftliche Zusammenkünfte beschränkten Umfanges darstellen, weiter Versammlungen der Berufskörperschaften und der öffentlichrechtlichen Interessenvertretungen sowie Versammlungen jener Vereine, die in ihrem statutenmäßigen Wirkungsbereich wirtschaftliche, künstlerische oder sportliche Zwecke verfolgen, sofern sie nur zur Besprechung unaufschiebbarer Vereinsfragen dienen. Schließlich sind militärische Übungen der Frontmiliz durch das Verbot nicht betroffen.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Teil auf Grund des Bundesverfassungsgesetzes über eine allgemeine Dienstpflicht für öffentliche Zwecke die näheren Bestimmungen. Bundesbürger männlichen Geschlechtes, die das 18. Lebensjahr erreicht und das 42. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind verpflichtet, über allgemeine oder besondere behördliche Aufforderung zur Feststellung ihrer körperlichen und geistigen Eignung für die Leistung der Bundesdienstpflicht vor amtlichen Kommissionen zu erscheinen. Der Vorsitzende der Stellungskommission hat nach Erwägung des Gutachtens des untersuchenden Arztes und nach Anhörung der Beisitzer einen der folgenden Beschlüsse zu fassen: „Tauglich zum Dienst mit der Waffe“, „Tauglich zum Dienst ohne Waffe“, „Untauglich“. Personen, die tauglich befunden worden sind, haben jede, über 14 Tage dauernde Veränderung ihres Aufenthaltsortes, binnen weiteren drei Tagen der in der Bescheinigung angeführten Stelle anzuzeigen und dem Einberufungsbefehl zum Antritt des Präsenzdienstes Folge zu leisten. Der regelmäßige Präsenzdienst dauert ein Jahr. Zu seiner Leistung sind jene Tauglichen verpflichtet, die hiezu einberufen werden. Tauglichen Hochschülern oder Schülern eines der beiden obersten Jahrgänge einer Mittelschule ist auf Ansuchen der Antritt des regelmäßigen Präsenzdienstes bis längstens 1. Oktober des Jahres aufzuschieben, in dem sie das 25. Lebensjahr vollenden. Derartige Ansuchen sind spätestens bei der Stellung vorzubringen. Wer sich der Stellungs-

pfligt entzieht, begeht eine Verwaltungsübertretung und wird an Geld bis zu 10.000 Schilling oder mit Arrest bis zu einem Jahr bestraft.

Das Bundesministerium für Finanzen hat nachfolgendes veröffentlicht: Die Reform des Bundeshaushaltes 1936 beruhte auf folgenden Grundgedanken: Durch die Trennung des Bundeshaushaltes in ein ordentliches und ein außerordentliches Budget war ein Teil der Ausgaben, die nach gesunden finanzwirtschaftlichen Grundsätzen aus laufenden Einnahmen zu bedecken gewesen wären, auf den Kreditweg verwiesen worden. Dies hatte eine Überspannung des Staatskreditens zur Folge, die sich darin äußerte, daß ein Teil der für konsumtive oder langfristige Zwecke beanspruchten Mittel durch kurzfristige Kredite gedeckt werden mußte. Die weitere Folge war die andauernde Überhöhung der Zinsätze für langfristigen Kredit, der derart für die Privatwirtschaft unerreichbar wurde. Dies hatte wieder eine ungesunde Überfüllung der Geldreservoirs für kurzfristige Anlagen zur Folge. Es galt daher, zunächst für ein wirkliches Gleichgewicht im Staatshaushalt Sorge zu tragen, was, wie bekannt, nur im Wege einer Reihe teilweise recht empfindlicher Ausgabenreduzierungen erreicht werden konnte. Die folgende Entwicklung hat diesen Bemühungen der Regierung jedoch in vollem Umfang recht gegeben. Die durch die Budgetreform und die staatliche Enthaltsamkeit auf dem Kreditmarkt erzielte Hebung des Vertrauens hat, wie bekannt, günstige Wirkungen für den gesamten Anlagemarkt und insbesondere eine erhebliche Senkung der Zinsraten erzielt. Hierdurch und durch die international wahrnehmbare weitere Belebung der Wirtschaft konnte die angestrebte Hebung der Staatseinnahmen ohne Erhöhung der Abgabensätze erreicht werden. Die Einnahmen an öffentlichen Abgaben in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres weisen gegenüber den entsprechenden Einnahmen des gleichen Zeitraumes im Vorjahre einen Mehrertrag von über 42 Millionen Schilling auf, gegenüber den ent-

Nächste Folge am Samstag

den 13. Juni 1936 um 9 Uhr vormittags

sprechenden Ansätzen des Bundesvoranschlages des Jahres 1936 gleichfalls einen Mehrertrag von 22 Millionen Schilling. Diese günstige Entwicklung der staatsfinanziellen Lage hat auch die Bundesregierung veranlaßt, wie aus den Mitteilungen über die letzten Genfer Verhandlungen zu entnehmen war, über die im Bundesvoranschlag 1936 vorgesehenen Ausgabekredite hinaus noch zusätzliche Kredite in der Höhe von 45 Millionen Schilling für dringende Staatserfordernisse, vor allem für Aufwendungen aus der Einführung der Bundesdienstpflicht und für eine Reihe produktiver Zwecke zu bewilligen, deren Bedeckung aus den Mehrerträgen der öffentlichen Abgaben gefunden werden wird. Diese zusätzlichen Kredite werden vorwiegend in Form von öffentlichen Lieferungen und Arbeiten unmittelbar der Wirtschaft zugute kommen. Unter Berücksichtigung der bereits im Rahmen des Bundesvoranschlages 1936 vorgesehenen Kredite für öffentliche Lieferungen und Arbeiten und der vorerwähnten Nachtragkredite beträgt die Summe der vom Bund für öffentliche Lieferungen und Arbeiten bestimmten, der Wirtschaft unmittelbar zugute kommenden Aufwendungen rund 220 Millionen Schilling.

Staatsrat Leopold Runschak sprach dieser Tage in einer Versammlung der Sozialangehörten über Demokratie und berufständische Ordnung. Er führte u. a. aus: Im Zusammenhang mit dem berufständischen Umbau steht die W.F. als die individuelle Zusammenfassung aller österreichischer Bürger. In der W.F. sind wir als Bürger des österreichischen Staates beisammen. Die W.F. hat von Anfang an eine demokratische Idee verkörpert. Nicht die Diktatur des Führers der W.F. ist das Ziel, sondern die Einschränkung der Diktatur durch das Hinzutreten eines Führerrates. Dieser Führerrat kommt jetzt im Zusammenhang mit der berufständischen Organisation. Jeder Berufsstand wird im Führerrat vertreten sein, sowohl durch einen Arbeitgeber als auch durch einen Arbeitnehmer. Nicht geklärt ist die Frage, wie der Füh-

rerrat berufen wird, ob er durch die Führer der Unternehmer und der Arbeiter jedes Berufsstandes gebildet wird oder durch Wahl. Die W.F. wird sodann demokratisch sein in der Zentralführung, in der Landes- und in der Bezirksführung. Demokratie und ständische Organisation ist also kein Widerspruch; im Gegenteil. Es ist geradezu ein Lebenselement der berufständischen Ordnung, den demokratischen Gedanken wieder zur Geltung kommen zu lassen. Das wird uns alle mit Befriedigung erfüllen. Die berufständische Ordnung ist in ihrer Wesensart von absoluter Demokratie, sie wird dazu führen, daß der demokratische Gedanke nicht trotz, sondern wegen der berufständischen Ordnung seine Rechtfertigung findet. Dort, wo im Gegensatz zur Demokratie die Diktatur herrscht, entspricht sie dem Milieu, aus dem sie hervorgegangen. Diktatur bedeutet immer Arbeiter- und Angestelltenfeindlichkeit; Demokratie hingegen bedeutet Menschenrecht und Verankerung der Menschenrechte in der staatlichen und gesellschaftlichen Neuordnung. Das streben wir alle aus ganzem Herzen an. Wenn wir die Überzeugung haben, daß die berufständische Idee kein Gegensatz zur Demokratie ist, sondern die Untermauerung der Demokratie — ich hege sie zuinnerst — dann werden wir die berufständischen Idee unsere ganze Arbeit und unsere Begeisterung zuwenden.

Deutsches Reich.

Das Schlußbankett des Internationalen Chemikerkongresses in Stuttgart gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Techniker und Chemiker aller europäischen Länder für die Zusammenarbeit der Völker. Der württembergische Innenminister Dr. Schmidt appellierte an die Einsicht der wirtschaftlich tätigen Menschen. Aufgabe der Techniker sei es, nötigenfalls den Politikern die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit zu demonstrieren. Diesen Gedanken griff der Präsident der französischen Sektion auf. Es sei, so führte er aus, in der letzten Zeit vielfach die Rede von einer deutsch-französischen Annäherung gewesen. Wenn die Formel für diese Verständigung noch nicht gefunden sei, so liege das vielleicht daran, daß man diese Verständigung zu einseitig auf der Ebene der Politik suche. Mindestens ebenso wichtig sei die Verständigung auf dem Gebiete der Wissenschaft. „Unsere Völker“, so rief der Franzose unter großem Beifall aus, „wollen den Frieden und sind bereit, dafür auch zu arbeiten.“ Im gleichen Sinne äußerten sich auch die Vertreter Österreichs, Englands, Italiens und Polens.

Die Berliner „Nachtausgabe“ bringt in aufsehenerregender Aufmachung die Meldung, daß sich in der Schweiz eine große Propagandaaktion des internationalen Judentums gegen Deutschland vorbereite. Als Anlaß dieses neuen Vorstoßes soll der Prozeß dienen, der in Chur, der Hauptstadt des Kantons Graubünden, gegen den Juden David Frankfurter, den Mörder des Landesgruppenleiters der N.S.D.A.P. in der Schweiz, Gust Loß, beginnt. Nach den Meldungen des Berliner Blattes hat sich ein Kreis von Organisationen gebildet, die als Ziel haben, für den Angeklagten das mildeste Urteil, womöglich Freispruch, zu erwirken, wobei die Verhandlung zu der „bisher größten Propagandaaktion des Weltjudentums gegen das Reich“ gestaltet werden soll. Es sollen bereits in der ganzen Schweiz Flugblätter und Propagandaschriften, vornehmlich von Emigranten herausgegeben, verbreitet werden, die unter anderem David Frankfurter als einen „neuen Wilhelm Tell“ bezeichnen. Das zur Unterstützung Frankfurters gegründete Komitee hat, nach Mitteilung der „Nachtausgabe“, bereits nach einem öffentlichen Aufruf Gelder für die Verteidigung des Angeklagten gesammelt. Französische und holländische jüdische Anwälte haben sich bereits zur Verteidigung angeboten und eine Ankündigung, daß sie alle ihr Plädoyer gegen den Antisemitismus des Reiches führen werden. Die Aufmachung in der „Nachtausgabe“, die einen Protest gegen diesen internationalen jüdischen Vorstoß richtet, läßt darauf schließen, daß man in Berlin anscheinend bereit ist, auch offiziell diese Vorbereitungen für den Prozeß gegen David Frankfurter als Angriff gegen das Reich zu werten und entsprechend zu antworten.

Wir bitten, unser Blatt im Freundeskreise zu empfehlen!

Ungarn.

Der ungarische Außenminister Kánya hielt im Parlament eine große außenpolitische Rede, in der er für eine friedliche Revision eintrat. Er sagte u. a.: Der seit Beendigung des Krieges vergangene Zeitabschnitt war durch das Bestreben einzelner Staaten gekennzeichnet, unter Verkündigung der Friedensorganisierung und des Schlagwortes von der unwirklichen Sicherheit die neue Lage endgültig und unveränderlich aufrecht zu erhalten.

Jugoslawien.

Der jugoslawische Ministerpräsident Stojadinowitsch hielt eine große innen- wie außenpolitische Rede, in der er u. a. ausführte: Abessinien habe zu Grunde gehen müssen, weil es keine Armee hatte. Auch sei der Abessinienkrieg immer als ein Kolonialkrieg betrachtet worden, während die Sache eine ganz andere wäre, wenn es sich um einen europäischen Staat gehandelt hätte.

Die Frage der Teilnahme Jugoslawiens an dem Zusammentreffen der drei Staatsoberhäupter der Kleinen Entente in Bukarest scheint nunmehr doch endgültig geklärt worden zu sein, und zwar in dem Sinne, daß Ministerpräsident Stojadinowitsch den Prinzenregenten Paul nicht nach Bukarest begleitet. Dieser Entschluß entspricht dem Wunsch Jugoslawiens, daß das Bukarester Zusammentreffen hauptsächlich auf die repräsentative Seite verlegt werde und Jugoslawien in keine Besprechungen eingeehe, die den Rahmen der Beschlüsse der letzten Tagung der Kleinen Entente überschreiten.

Frankreich.

Das neue französische Kabinett ist nunmehr gebildet. Vorbehaltlich etwaiger Änderungen ist die Ministerliste des neuen französischen Kabinetts folgende: Ministerpräsident Leon Blum, Staatsminister ohne Portefeuille Paul Faure (Sozialist) und Chaumepts (radikal), Minister für nationale Verteidigung Daladier (radikal), Kriegsminister Rucart (radikal), Luftfahrtminister Pierre Cot (radikal), Marineminister Paul Maulon (radikal), Außenminister Yvon Delbos (radikal), Justizminister Maurice Violette (Union Sozialiste), Finanzminister Vincent-Auriol (Sozialist), Pensionsminister Albert Riviere (Sozialist), Innenminister Salengro (Sozialist), Minister für nationale Wirtschaft Charles Spinasse (Sozialist), Ackerbauminister George Monnet (Sozialist), Minister für nationale Erziehung Jean Fay (radikal), Minister für soziale Solidarität Lebras (Sozialist). Weiters enthält die Liste eine Reihe Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre.

Italien.

Mit königlicher Verordnung wurde Feldmarschall Graf Graziani für die Zeit der Abwesenheit des Vizekönigs Badoglio zum Reichsverweser der Generalregierung in Ostafrika ernannt. Durch weitere königliche Verordnungen wurden ernannt: Zum Statthalter Erythras General Alired Guzzoni, zum Statthalter von Amhara General Pirzio Birelli, zum Statthalter von Harar General Raji, zum Statthalter von Galla und Sidamo General Celoso, zum Statthalter von Somali General Ruggero Santini.

Unter dem Vorsitze des Duce fand ein Ministerrat der italienischen Regierung statt, der sich vorwiegend mit der neuen Lage des Kolonialreiches befaßte. Unter anderem wurde das Gesetz über die Organisation und Verwaltung von Italienisch-Ostafrika, das aus dem abessinischen Kaiserreich, Erythraa und Somaliland besteht, genehmigt. Italienisch-Ostafrika wird dem Generalgouverneur und Vizekönig als oberstem Chef unterstellt, der alle Völkermächte besitzt, und es wird in fünf Gouvernements eingeteilt. Die Zentralregierung hat ihren Sitz in Addis Abeba und besteht in der Hauptsache aus dem Generalgouverneur und Vizekönig, einem ihm unmittelbar unterstellten Vizegeneralgouverneur und einem Generalstabschef für die militärischen Fragen. Die Hauptstadt von Italienisch-Ostafrika, Addis Abeba, hat ihr eigene Verwaltung unter einem Stadtgouverneur. Für die wichtigeren Städte, darunter die Hauptstädte der einzelnen Gouvernements, wird die Errichtung von eigenen Gemeindeverwaltungen geplant. Die islamitische Religion genießt alle Garantien. Es wird ihr die volle Möglichkeit geboten werden, ihre alten religiösen Einrichtungen einschließlich der Moscheen und Schulen, wieder herzustellen. In Streitfällen, an denen nur Musel-

Unflare Sicht.

Das Eingreifen der Regierung von Argentinien, die für eine Einberufung der Vollversammlung des Völkerbundes im Anschluß an die nächste, für den 16. Juni anberaumte Tagung des Völkerbundes eintritt, ist durch die wachsende Not der Zeit begründet, die gebieterisch nach einer endlichen Regelung einer ganzen Reihe von Angelegenheiten ruf, die die Ruhe Europas in steigendem Maße bedrohen und nachgerade den Bestand des Genfer Areopags in Frage stellen.

Argentinischer Ansicht nach wäre vor allem über die Frage der über Italien verhängten Sanktionen zu beschließen und zur Tatsache der Eingliederung Abessinien in den italienischen Kolonialbesitz Stellung zu nehmen. Weiters erfordere aber auch die Sicherung des Bestandes des Völkerbundes weitgehende Reformen des Genfer Areopags; ein rasches Eintreten in diesbezügliche Verhandlungen empfehle sich schon aus dem Grunde, um beim Zutritt des von Präsidenten Roosevelt beauftragten panamerikanischen Kongresses auf diesem Gebiete wenigstens zu einer grundsätzlichen Übereinstimmung der unterschiedlichen Standpunkte gelangen zu sein.

Die Stellungnahme Argentinien wurde erklärlicher Weise von den kleineren Völkerbundsstaaten lebhaft begrüßt. Leben diese doch in der steten Besorgnis, daß die Großmächte über ihre Köpfe hinweg die ostafrikanische Streitfrage im Kompromißwege schlichten könnten.

Eine derartige Entwicklung würde nur zu leicht eine Neubelebung des Viererpaktes zur Folge haben, der die europäischen Kleinstaaten, vor allem die Mitglieder des Kleinformbundes mit unverhohlenen Abneigung gegenüberstehen.

Inzwischen entschloß sich Italien den ersten Schritt auf dem Wege zu tun, der die italo-britische Wiedernäherung zum Ziele hat. Damit findet die in diesem Blatt immer wieder vertretene Ansicht, daß Mussolini, schon aus finanziellen Gründen, eine Entspannung der arg verfahrenen anglo-italienischen Beziehungen herbeizuführen bald gezwungen sein würde. Das letzte Vorgesprochen des italienischen Vertreters in London bei Außenminister Eden erfolgte zu diesem Zweck, die vom Duce dem Berichterhalter des „Daily Telegraph“ gewährte Unterredung unterstrich ihn neuerdings. Botschafter Grandi verdolmetschte im Londoner Außenamt den Wunsch seiner Regierung nach Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu England, das er der Bereitschaft Italiens versicherte, die britischen Interessen in Äthiopien zu gewährleisten und an von London beantragten Verhandlungen zum Abschluß eines Mittelmeerpaktes teilzunehmen. Das Abgehen von der Sanktionspolitik und die Abberufung der im Mittelmeer zusammengezogenen starken britischen Seestreitkräfte bildeten allerdings die Voraussetzung zur Durchführung dieses italienischen Angebotes.

Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Antwort auf diese von Eden sympathisch begrüßte Botschaft längere Zeit auf sich warten lassen. In der Hauptsache, in der Frage der Aufhebung der über Italien verhängten Sühnemaßnahmen, herrscht nicht einmal im Schoße des englischen Kabinetts Übereinstimmung; auch hier stehen sich Sanktionisten und Nicht-Sanktionisten scharf gegenüber. In der Öffentlichkeit verhalten sich die letzteren seit Kurzem sehr ruhig; dafür sind die Anhänger der Sanktionspolitik eifrig am Werk, Material zu sammeln, das die Bereitschaft der Mehrheit der Mitgliedsstaaten beim Völkerbund erweisen soll, zu schärferen Maßnahmen gegen Italien überzugehen, um dieses jetzt noch zur Einschränkung seines imperialistischen Forderungsprogrammes in Ostafrika zu zwingen. Baldwin will und kann nicht durch England die Lösung der abessinischen Frage richtunggebend beeinflussen, er überläßt daher diese Aufgabe dem — Völkerbund. Aber auch andere Beweggründe lassen dem britischen Premier eine Hinausschiebung der Stellungnahme zu den Vorschlägen Mussolinis als empfehlenswert erscheinen. London will die Haltung des neuen Volksfront-

kabinetts in Frankreich gegenüber den brennenden europäischen Fragen erfahren, vor allem möchte es aber vorerst über gewisse deutsche Möglichkeiten ins Reine kommen, die größtenteils vom Ausgang des Frage- und Antwortspiels zwischen London und Berlin abhängen, dessen Bedeutung für die britische Politik in dem Maße steigt, als das Durcheinander im Genfer Lager wächst.

Niemand sollte sich darüber wundern, daß der englische Fragebogen in Berlin noch keine Antwort gefunden hat. Das Reichskabinett nimmt eben für sich das Recht in Anspruch, das die britische Regierung anlässlich der Antwortung des Friedensangebotes Hitlers vom 7. März 1936 bereits ausgeübt hat: Es nimmt sich Zeit dazu, aus dem Gefühl seiner Verantwortlichkeit heraus nicht nur dem deutschen, sondern dem europäischen Geschehen gegenüber. Deutschland, das heute vom Völkerbundlager weit weniger abhängig ist als dieses von ihm, läßt sich in dieser Richtung von der einen oder der anderen Seite nicht drängen.

Daß der Antrag Argentinien Italiens nicht willkommen kommt, liegt wohl auf der Hand, stehen doch die Aussichten, in der von 52 Staaten beschickten Völkerbundsversammlung die Aufhebung der Sanktionen und die Anerkennung der Unterstellung Äthiopiens unter italienische Souveränität zu erlangen, bei weitem nicht so günstig als im Völkerbunds-Rate, in dem nur 14 staatliche Vertreter zu Wort gelangen. Der Mißmut, mit dem Mussolini das Vorgehen der argentinischen Regierung aufnahm, ist unso verständig, als man in Rom erfahren haben will, daß der argentinische Vertreter bereits beauftragt sei, bei der Beschlussfassung in Genf über die Zukunft Abessinien in jedem Falle gegen die Annexion dieses Kaiserreiches durch Italien zu stimmen. Das „Giornale d'Italia“ bezeichnet daher diesen Antrag als „störendes Moment in den Versuchen, der Sanktionspolitik ein Ende zu setzen.“

Frankreich beobachtet die Annäherungsversuche zwischen London und Rom hauptsächlich vom Standpunkt seines die Vertretung der Politik Italiens mit der des Quai d'Orsay betreffenden Wünsches. Leon Blum weiß hier natürlich, daß dessen Erfüllung vor allem von der französischen Stellungnahme zur Frage der Aufhebung der Sühnemaßnahmen gegen den östlichen lateinischen Bruder abhängig ist, in der sein Kabinett, das der eher sanktionsfreundlich geminten Volksfront gegenüber verpflichtet ist, Mussolini viel schwerer entgegenkommen kann als Sarraut. Schließlich dürfte aber die steigende „deutsche Gefahr“, die für Frankreich eine enge Zusammenarbeit der beiden lateinischen Großmächte in Europa als notwendig erscheinen läßt, den Sieg über die Bedenken davon tragen, die die französische Linksfront gegen das Eingehen von Bindungen mit dem Hauptvertreterstaat des Faschismus hegt. Diese Entwicklung wird sicherlich auch durch den Moskauer Verbündeten Frankreichs gefördert werden, der aus Gründen seiner deutschfeindlichen Politik aus einem Sanktionsanhänger zu einem Sanktionsgegner geworden und gegenwärtig sichtlich um die Freundschaft Italiens wirbt.

Die Bewegung innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft nimmt immer stärkere Formen an, sie bietet aber noch immer keinen Ausblick auf die zukünftige Gruppierung der Staaten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Lage noch längere Zeit unübersichtlich bleiben. Klar ist aber schon jetzt, daß es Großbritannien und das Deutsche Reich sind, die die zukünftige Gesamtlösung der zwischenstaatlichen Verhältnisse in Europa in erster Linie bestimmen werden.

Die Zeit rückt mit Riesenschritten heran, wo das wiedererstandene Deutschland, das kürzlich anlässlich der Einweihung des deutschen Marine-Chronmals in der Nähe von Lübeck seinen Marineehrenfest abhalten durfte, als nicht nur geachteter, sondern auch als viel gesuchter, viel umwerdener Großstaat dastehen wird. Observator.

manen beteiligt sind, werden die Radis zuständig sein, die nach islamitischem Gesetz und mohammedanischem Brauch richten werden. Der Unterricht in der arabischen Sprache ist in allen Schulen der muselmanischen Gebiete obligatorisch. Die Monophysitische christliche Kirche Abessinien wird anerkannt und untersteht dem ägyptischen Patriarchat von Alexandria unter besonderen Normen. Mit den koptischen Kirchenbehörden werden Übereinkommen abgeschlossen werden, damit sich die koptischen Einrichtungen in allen christlichen Gebieten des Kaiserreiches entwickeln können und damit die Beziehungen zwischen der koptischen Bevölkerung Abessinien und der koptischen Kirche in Ägypten auch in kultureller Hinsicht enger gestaltet werden.

Belgien.

Die Regierungsbildung in Belgien ist noch immer nicht zustande gekommen. Der König hat bereits mit allen Parteiführern, sogar mit den Kommunisten verhandelt. Der Führer der Regbewegung, Degrelle, erklärte nach dem Empfang beim König, daß er bereit sei, in eine Regierung einzutreten, wenn er dazu aufgefordert werden sollte. Er verlange ein einziges Ministerium, das der Justiz. Dort werde er unerbittlich gegen jene Politiker vorgehen, die unerlaubte Geschäfte betrieben hätten. Er würde auch die Abkehrung des Gouverneurs der belgischen Nationalbank fordern und eine strenge Unterdrückung der Geschäftspraktiken der übrigen Bankiers verlangen. Van Zeeland, der vom König mit der Bildung eines Kabinetts der nationalen Einigung betraut werden sollte, hat diese Mission abgelehnt. Er hat erklärt, unter den gegenwärtigen Um-

ständen sei er der Meinung, daß er nicht gegen seine Pflicht verstoße, wenn er wieder an die Zukunft seiner Kinder denke. Die Nachricht, daß Van Zeeland die Regierungsumbildung abgelehnt hat, hat in belgischen politischen Kreisen niedererschmetternd gewirkt. Man sieht eine längere Dauer der Regierungskrise voraus. Nach den letzten Meldungen hat der König den Führer der Sozialisten Wandervelde zu sich gebeten.

Großbritannien.

Wie aus London berichtet wird, wird dort mit steigender Besorgnis die Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Krise in Frankreich verfolgt. Man hält es für unwahrscheinlich, daß die neue französische Regierung die Krise ohne eine Abwertung des Francs überwinden kann, und betont, daß die sich daraus ergebenden Rückwirkungen auf Frankreich selbst und auf die übrigen Goldblockländer vorläufig noch unabsehbar seien. Die allgemeine Nervosität führte heute an der Börse zu starken Abgaben in Goldblockwährungen, vor allem in französischen Francs, die schließlich keine Käufer mehr fanden. Trotz des Eingreifens des Währungs-ausgleichsfonds zog das Pfund Sterling weiter an. Die Kapitalsflucht aus Frankreich und in den letzten Tagen auch aus Holland und Belgien ist noch im Zunehmen begriffen. Der heute veröffentlichte Wochenanweis der Bank von England zeigt eine Erhöhung des Notenumlaufes um über 7 Millionen Pfund, die zum allergrößten Teil in französische Hände abgewandert sind.

Deutsches Anbot eines maritimen Beistandspaktes an England?

Berlin, 4. Juni. Von der englischen Politik nahestehenden Stellen in Berlin, aber auch von anderer Seite, wird mit Bezugnahme auf die letzte Reise Boten nach England angegeben, daß Ribbentrop bei seiner Arbeit in der deutsch-englischen Annäherung folgenden Programm verfolgte: Angebot eines deutsch-englischen maritimen Beistandspaktes. Das würde bedeuten, daß England für den Preis des Zusammengehens mit dem Reich das Schwergewicht seiner gesamten Flotte ins Mittelmeer verlegen könnte und nicht nur den deutschen Nordseestreitkräften keine Rechnung mehr zu tragen brauche, sondern auch noch deren Unterstützung sicher wäre. Als Zusicherung in diesem Pakt soll angegeben werden, daß künftig jegliche Revision in Europa nur auf dem Wege des Selbstbestimmungsrechtes der Völker erfolgen dürfe und das Reich sich gegen

jede gewalttätige Änderung des augenblicklichen europäischen Statutes erkläre. Wenn auch ausdrücklich betont werden soll, daß diese überraschende Version in Berlin noch keine Bestätigung finden könnte, so ist schon allein das Gerücht bezeichnend für die Intensität, mit der augenblicklich die deutsch-englische Fühlungnahme betrieben und beobachtet wird.

Besuch des britischen Sozialministers in Berlin.

Als weiterer Beitrag zur deutsch-englischen Fühlungnahme wird die Tatsache vermerkt — die man erst jetzt in Erfahrung brachte — daß der englische Sozialminister vor einiger Zeit zwei Wochen inkognito in Berlin weilte, um die gesamten Wohlfahrtseinrichtungen des Reiches eingehend zu studieren.

Spanien.

Innerhalb der spanischen Volksfront machen sich immer stärker werdende Meinungsverschiedenheiten bemerkbar. Am Pfingstsonntag sollten in Saragoña der Kommunistenführer Diaz und der Sozialistenführer Largo Caballero in einer Versammlung sprechen. Die Versammlung mußte vorzeitig geschlossen werden, da es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des anarchistischen Gewerkschaftsbundes und den Kommunisten kam. Ein ähnlicher Zwischenfall ereignete sich auch in Sevilla. Der frühere Staatspräsident Alcalá Zamora, der vor einigen Wochen von dem neuen Parlament abgesetzt worden war, hat beim Außenministerium einen Paß für die Ausreise nach Dänemark erbeten.

China — Japan.

Der chinesische Botschafter in Tokio erschien beim japanischen Außenminister Arita und legte einen energischen Protest gegen die Verstärkung der japanischen Truppen in Nordchina ein. Der japanische Außenminister wies den chinesischen Protest zurück.

weis, daß es für keinen der beiden Staaten Gesundheit oder Sicherheit geben könne, solange diese Klüfte nicht überbrückt sei.

Angeht die Merkmale der politischen Lage dürfte kein Zweifel über die Erfordernisse der britischen Politik bestehen, die der Welt in einer bestimmten und nachhaltigen Form mitgeteilt werden müßten. Der Anhaltspunkt einer solchen Erklärung müßte natürlich dahin gehen, daß die Verhinderung des Angriffes und des Krieges der leitende Grundsatz des britischen Vorgehens sei und daß England keiner Verletzung dieses Grundsatzes duldsam oder gleichgültig gegenüberstehen dürfe. Andererseits könne keine Macht einen unbegrenzten Anteil der Verantwortung an allen Stellen, wo eine Verletzung vorkomme, übernehmen, und England dürfe keine derartigen Verpflichtungen eingehen. Auf zwei Gebieten könne jedoch England besondere Verpflichtungen übernehmen. So würde jedem Wortstoß gegen die gebietsmäßige Unverletzlichkeit Frankreichs und Belgiens ein sofortiger und uneingeschränkter Widerstand entgegenzusetzen werden. In ähnlicher Weise sollte den Mittelmeermächten die Versicherung abgegeben werden, daß jeder Versuch, sich in die Verkehrsfreiheit des Seeweges nach dem Osten einzumischen, sofort die volle und rückhaltlose Anwendung britischer Machtmittel zur Folge haben werde. Was das Friedensangebot Hitlers anbetreffe, so sei eher eine Aktion als eine Erklärung erforderlich, und zwar gegenwärtig in erster Linie eine Aktion Deutschlands, das seinerseits die Entwicklung in Frankreich abwarte. Es sei unter diesen Umständen die klare Pflicht Englands, so bald wie möglich eine Verständigung über den deutschen Friedensplan herbeizuführen.

Dr. Schuschniggs Begegnung mit Mussolini.

Wien, 4. Juni. Die plötzliche Urlaubsreise des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg nach Italien und das Ausbleiben jeder näheren amtlichen Mitteilung über den Zweck der angekündigten Zusammenkunft mit Mussolini hat naturgemäß im In- und Ausland zu den verschiedensten Kombinationen Anlaß gegeben. Verschiedene Wiener Blätter nehmen heute dazu Stellung und geben einige der im Ausland verbreiteten Gerüchte wieder. Danach sei die Reise nur ein Vorwand, um mit D. T. von Habsburg zusammenzukommen. Außerdem wollte man wissen, daß das österreichische Außenamt an alle Gesandtschaften einen Rundbrief hinausgegeben hätte, der sich mit der Habsburgerfrage beschäftigt und in dem die österreichischen Gesandten beauftragt werden, die Meinungen der Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, über die Restaurationsfrage einzuholen. Diesen Kombinationen gegenüber erklären die Blätter, daß es sich nicht lohne, auf sie näher einzugehen. Da seit der letzten Begegnung Dr. Schuschniggs mit Mussolini gelegentlich der Dreierkonferenz in Rom Ereignisse von gewaltiger Tragweite eingetreten sind, sei es naheliegend, daß die Entwicklung der internationalen Lage nach diesen Vorgängen eine Aussprache nützlich erscheinen lasse. Zu diesem Zweck wird Ministerpräsident Mussolini voraussichtlich morgen den Bundeskanzler Dr. Schuschnigg aufsuchen. Die Begegnung wird entweder in Florenz oder Viareggio oder vielleicht auf einem zwischen den beiden Städten gelegenen Berg der Familie Ciano stattfinden. Bundeskanzler Dr. Schuschnigg wird voraussichtlich noch am Wochenende die Heimreise nach Wien antreten.

Drei Hauptforderungen für die englische Außenpolitik.

Die Londoner „Times“ stellt in einem Leitartikel drei Hauptforderungen für die englische Außenpolitik auf: 1. Eine deutliche Erklärung an die Welt über die Verpflichtungen, zu denen Großbritannien steht; 2. eine energische Inangriffnahme der Verhandlungen mit Deutschland, und 3. die schnellstmögliche Durchführung der Verteidigungspläne für das britische Weltreich. Zur Frage der Sanktionen erklärt das Blatt, daß ihre Aufrechterhaltung oder Aufhebung nur durch ein gemeinsames Vorgehen des Völkerbundes erfolgen könne. Wenn die Ziviliation am Leben bleiben solle, dann müsse ein neues System geschaffen werden. Tatsächlich sei es gegenwärtig an drei Mächten, einen Anfang in Westeuropa zu machen, nämlich an England, Frankreich und Deutschland. Zum ersten Male seit Kriegsende sei Deutschland in der Lage, sein volles internationales Recht zu fordern, und daher erziele es von Anfang an seine eigene Rolle im Neubau der Friedensgrundlagen spielen. Eine negative Politik sei für Deutschland ebensowenig möglich, wie für andere. Man müsse Hitler glauben, wenn er sage, daß keine Grenze das Leben von zwei Millionen Deutschen wert wäre, die tatsächlich sterben würden, damit der Bolschewismus die Erbschaft der Welt antreten könnte. Zwar könne es keine leichte Arbeit sein, eine Einigung zwischen den deutschen und den französischen Ansichten über die Organisation Europas zustandezubringen. Eine tausendjährige Geschichte lezere jedoch den Be-



Eröffnung der Gesäufstraße.

Nachdem am Pfingsttag die Paderstraße feierlich dem Verkehr übergeben worden war, wurde am Pfingstsonntag die durch das Gesäuf führende moderne Autostraße feierlich eröffnet. Mit dem neuzeitlichen Umbau der Gesäufstraße wurde im August 1933 begonnen. Dieses gewaltige Werk brachte 1400 Menschen Verdienst. Die Straße ist mit einem staubfreien Belag versehen. Die Festgäste trafen sich in Seletzal, von wo die Fahrt über Aigen und Admont in das Gesäuf unternommen wurde. In Admont waren gegen Mittag die Teilnehmer an der vom steirischen Automobilklub veranstalteten Zielfahrt eingetroffen und schlossen sich den Festgästen an. An dem im Haindlkar bei Gtatterboden errichteten Dollfußdenkmal wurde die Feier abgehalten.

Zum Olympia-Fackellauf.

Auf der 3075 Kilometer langen Strecke von Olympia bis Berlin wird eine Fackeltafel das an der griechischen Sonne entzündete olympische Feuer bis ins Olympiastadion tragen. Am 29. Juli trifft die Stafette ein Wien ein, wo von 19.30 bis 20.30 Uhr auf dem Heldenplatz eine Wehestunde eingeschaltet ist. Das österreichische Olympische Komitee wird den Fackeltafellauf auf der Wiener Strecke besonders festlich gestalten. Die Feststrecke vom Schwarzenbergplatz bis zur Universität ist in neun Etappen geteilt und jede dieser Etappen wird von je einem Vertreter der neun Bundesländer durchlaufen. Vor dem Eintreffen des olympischen Feuers findet auf der Strecke vom Schwarzenbergplatz bis zum Heldenplatz ein großer Festzug statt. Der Festzug ist in drei Abteilungen gegliedert. An der Spitze sieht man Volkstrachten aus allen Bundesländern. Dann folgt der Festzug des Sportes, der sämtliche Sportzweige umfaßt und eine imposante Demonstration des österreichischen Volkssportes darstellen wird. Jeder Sportzweig wird durch ein von Künstlern erdachtes und geschaffenes Symbol gekennzeichnet sein. Den Abschluß bildet die gesamte österreichische Olympiamannschaft in der gleichen Festkleidung, in der sie auch ins Olympiastadion einmarschieren wird; also im blauen Anzug und Fliegerkappe. Die Olympiamannschaft ist von Fahnenbewehrten flankiert, die das olympische Banner mit den fünf Ringen tragen. Der Festzug wird nach dem Marsch über die Ringstraße auf dem Heldenplatz Aufstellung nehmen und dort gewissermaßen den Rahmen für den feierlichen Akt der Wehestunde bilden.

Ein Ehrenbuch für die Olympischen Spiele

ist für die bevorstehende Veranstaltung in Berlin eigens geschaffen worden. Die eine Hälfte des Buches wird die Namen der zu den Olympischen Spielen geladenen offiziellen Ehrengäste enthalten und man rechnet mit rund 3.000 Eintragungen. Die andere Hälfte dient zur Eintragung der Namen aller aktiven



Teilnehmer, die in einem olympischen Wettbewerb 1936 einen ersten bis dritten Platz befeht haben.

Starke Verbreitung der Olympiazigaretten.

Erfreulicherweise haben die Olympiazigaretten und -zigarren der Österreichischen Tabakregie bei den Rauchern starken Anklang gefunden, so vor allem die Olympiazigarette, die in verhältnismäßig kurzer Zeit eine der populärsten Zigarettenorten geworden ist. Das Österreichische Olympische Komitee macht bei diesem Anlaß auch auf seine anderen Werbeartikel aufmerksam. Jeder, der Bekannten eine kurze Mitteilung auf offener Karte machen will, benütze dazu die Olympia-Postkarte, die zum Preise von 10 und 20 Groschen in den Trafiken erhältlich sind. Ebenso verlange man überall Olympiazündler. Jeder österreichische Sportsmann wird auch durch das Tragen des Olympiaabzeichens, das zum Preise von 50 Groschen in Bronze, 8 1.— in Silber und 8 2.— in Gold erhältlich ist, seine Verbundenheit mit dem olympischen Gedanken zum Ausdruck bringen. Nur durch das Zusammenwirken aller Bevölkerungsteile kann erreicht werden, daß Österreich bei den 11. Olympischen Spielen Berlin 1936 vor den Augen der ganzen Welt seine Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit auch auf dem Gebiet des Sportes mit nachdrücklichster Klarheit zum Ausdruck bringt.

Nachrichten.

Ausgabe von 50-Schilling-Noten. Am 8. Juni wird die Österreichische Nationalbank bei ihrer Hauptniederlassung in Wien und bei ihren Zweigstellen mit der Ausgabe der Banknoten zu 50 Schilling mit dem Datum vom 2. Jänner 1936 beginnen. Die Banknote hat eine Breite von 157 Millimeter und eine Höhe von 78 Millimeter, ist auf weißem Wasserzeichenpapier gedruckt und trägt auf beiden Seiten Bilder in Kupferdruck. Die in dunkelvioletter Farbe auf grauem Untergrund gedruckte Vorderseite der Note zeigt in runden Feldern rechts einen Kinderkopf, links über einer grünen Guilloche den Notentext und die Firmenzeichnung der Bank. Darunter ist die auf die Nachahmung bezügliche Strafanzeige angebracht. Der die beiden Felder umschließende, reich ornamentierte Rahmen enthält in der Mitte oben das Bundeswappen und in der linken oberen Ecke sowie unter dem Knabenbildnis die Ziffer „50“ licht auf dunklem Grunde. Das Notenbild der Rückseite, welches in grüner Farbe auf graugrünem Untergrunde gedruckt ist, gibt in der rechten Hälfte eine Ansicht von Maria-Wörth wieder; links ist die Wertbezeichnung „Fünfzig Schilling“ in Worten angebracht. Der übrige Teil der Rückseite ist mit Guillochen ausgefüllt, die rechte obere Ecke weist die Ziffer „50“ licht auf dunklem Grunde auf; im unteren Teile ist die Serien- und Nummernbezeichnung rot aufgedruckt.

Redeverbot für einen Wiener Pfarrer. Über den Wiener Pfarrer von St. Rochus auf der Landstraße in Wien, Leopold Schmidt, wurde seitens des Ordinariats wegen der Kanzelreden, die Pfarrer Schmidt bei den Maiandachten hielt und die stark ins politische Gebiet einschlugen, ein Predigt- und Redeverbot verhängt.

Bau eines halbstarren Luftschiffes. Berlin, 4. Juni. Aus Kreisen der Luftfahrt wird eine sensationelle Mitteilung bekannt, die von dem Bau eines ganz neuartigen Luftschiffes im Reich berichtet, der im geheimen in Speyer betrieben worden sei. Es soll sich um ein halbstarres Luftschiff handeln, das angeblich in kurzer Zeit fertiggestellt wird und seine erste Fahrt nach Südamerika antreten soll. Diese neue halbstarre Bauweise, wie es heißt, das Ergebnis angestrengtester Versuche der letzten zwei Jahre, hat zunächst gegenüber den bisher gebauten Luftschiffen den Vorzug viel größerer Billigkeit der Herstellungsarbeiten. Vor allem soll nach den einmal festgelegten Erfahrungen dann der Bau dieser halbstarren Luftschiffe in großer Schnelligkeit vor sich gehen. (Problem des Stratosphärenflugzeuges.) Des weiteren wird berichtet von eingehenden Versuchen, die in letzter Zeit im Reich auf dem Gebiet der Stratosphärenfliegerei angestellt wurden. Es handelt sich um die Probleme der Passagierbeförderung. Angeblich soll bereits auf eine Weise das Problem des Stratosphärenmotors gelöst sein, während Schwierigkeiten noch für die Konstruktion des Piloten- und Kabinentraumes bestehen.

Deutsch-englische Stagerrakete auf Skerö. Die Berliner Blätter berichten von einer ergreifenden Stagerrakete, die auf der schwedischen Insel Skerö stattfand, auf der 200 gefallene deutsche und englische Seehelden der Schlacht vom Stagerraketen. Diese Gedächtnisfeier wurde zu einer Kundgebung der Völkerverbrüderung. Die gesamte deutsche und englische Kolonie in Gotenburg, mit den Konsuln beider Länder an der Spitze, war an diesem Tage zu den Grübern der Gefallenen gefahren, um dort Kränze niederzulegen. Auf neutralem Boden trafen sich die Angehörigen der beiden ehemals feindlichen Länder, um gemeinsam das Andenken ihrer Gefallenen zu ehren. Der deutsche Generalkonsul betonte in seiner Gedächtnisrede, ebenso wie der englische, daß der Geist der Toten heute die beiden Völker einander näher bringe. Die Geistlichen dreier Nationen, der deutsche, der englische und der schwedische Pfarrer, lasen gemeinsam die Liturgie. An allen Kränzen waren die Farben Deutschlands, Englands und Schwedens zu sehen. Diese gemeinsame Feier der Deutschen und der Engländer wird in der schwedischen Presse ausführlich besprochen und es wird in allen, selbst in den marxistischen Blättern gesagt, daß sich die einstigen Feinde am Grabe ihrer Gefallenen die Hand reichen.

